

76. Sitzung des Bundesrates vom 21. November 1952.Vorsitz: Herr Bundespräsident Kobelt.Abwesend: Niemand.Schriftführer: HH. BK. Oser und VK. Weber.Beginn: 09.05 Uhr.Schluss: 11.40 Uhr.Angelegenheit Oberstkorpskommandant Wille.Herr Bundespräsident: Akten und Notizen des Kanzlers waren in Zirkulation. Nächste Woche darüber reden.Golddepots im Ausland.Herr Petitpierre: Haben Frage mit FuZ und Nationalbank geprüft. Es fragt sich, ob es noch Länder gibt, die ausserhalb des Krieges bleiben werden. Ueberall Schwierigkeiten wegen Valuta oder aus politischen Gründen. Deshalb keine neuen Vorschläge. Kriegsrisiko im Moment nicht imminent. Wir sollten bei den Depots bleiben, die wir haben. Haben alle Vorrichtsmassnahmen getroffen, damit wir auch im Kriegsfall über das Gold verfügen können.Herr Weber: Gleicher Meinung.Aemterklassifikation.Herr Escher: Im Protokoll heisst es, dass man im Rahmen der Empfehlungen des Gutachtens in Verhandlungen treten solle. Arbeitersekretär der Vereinigung der Verbände des PTT-Personals ging zu Herrn Dr. Lobsiger. Dieser hat ihm erklärt, es werde jetzt ein BRB gemacht und man werde PTT in Senkel stellen.

Das hat zu einem scharfen Protestbrief des PTT-Personals geführt, das sich aufs schärfste gegen solches Vorgehen verwahrt. Man hat versprochen, dass man während der Abwesenheit von Herrn Generaldirektor Weber nichts unternehmen wolle. Wenn jetzt im Rahmen des Gutachtens verhandelt wird, ist der eine Partner benachteiligt.

Wir sollten sagen, dass die Verwaltungen Verhandlungen aufnehmen können ohne Expertengutachten. Man soll diesen Passus streichen.

Herr Weber: Herr Dr. Lobsiger hat erklärt, es sei ihm etwas ungewollt entwischt. Der Beschluss ist klar. Verwaltung soll Personal anhören, aber keine Versprechungen machen, die über das Gutachten hinausgehen. Zwischen SBB und PTT bestehen die grossen Spannungen. Wenn PTT noch mehr erreichen sollte, müsste man bei SBB noch weiter gehen. Es wäre erwünscht, beide Gruppen auf einen Nenner zu bringen.

Bei SBB wird Personal einfach sagen, was es wünscht und Verwaltung wird verhandeln. Gutachten soll von den Verwaltungen nicht benützt werden. Bei PTT sollen Mitteilungen gemacht worden sein wegen Rückversetzungen. Ich würde der Sache den Lauf lassen. Verwaltungen sollen jetzt einfach das Personal anhören. Im Rahmen des Gutachtens war nur so gemeint, dass man nicht weiter gehen soll.

Herr Escher: Mit dieser Interpretation waren wir einverstanden. Ich würde die Worte "im Rahmen des Gutachtens" streichen. Man s

vom Gutachten gar nicht reden.

Es wird beschlossen, diese Worte zu streichen.

---

Halbtaxabonnement der SBB für Journalisten.

Herr Escher: SBB gibt an Mitglieder des Pressvereins Halbtaxabonnements gratis ab. Davon haben bis jetzt auch gewisse PdA-Redaktoren profitiert. Nun will Pressverein mit diesen PdA-Journalisten nichts mehr zu tun haben. Diese sind nicht Mitglieder der Vereinigung. PdA und ihre Presse ist nicht verboten. Sie sind aber Landesfeinde. Es fragt sich, ob man ihnen die Abonnements noch weiter abgeben soll?

Herr Etter: Gegen Arnold ist ein Strafverfahren hängig. Nicole kennen wir. Halte dafür, dass es ins Tierbuch gehören würde, wenn man Abonnement Leuten gibt, die ihre Arbeit gegen das Land machen und ihnen so diese Arbeit noch erleichtert.

Herr Petitpierre: Gleicher Meinung.

Herr Feldmann: Mir ist nicht klar, auf welcher Grundlage diese Freikarte beruht. Für Abgabe werden massgebend sein die Vorschriften. Wir müssen zuerst diese Vorschriften kennen.

Herr Escher: Es bestehen keine Vorschriften. Es sind rein freiwillige Leistungen.

Herr Bundespräsident: Wir geben es einfach künftig den Mitgliedern des Pressvereins und fertig.

Herr Rubattel: Dafür brauchen wir keine besondere juristische Begründung.

Herr Weber: Man soll PdA-Redaktoren gleich behandeln wie die andern Journalisten, solange wir die PdA-Blätter zulassen.

Herr Bundespräsident: Ich bin kategorisch dagegen. Was würde die Oeffentlichkeit sagen, wenn sie davon Kenntnis erhielte. Es besteht kein Rechtsanspruch. Also geben wir die Karten den Mitgliedern des Pressevereins und fertig.

Herr Escher: SBB soll einfach die Karten dem Presseverein abgeben für seine Mitglieder. Wer nicht Mitglied ist, bekommt keine Karte.

---

Vortrag Pfarrer Niemöller in Bubendorf.

Herr Feldmann: Pfarrer Niemöller soll in Bubendorf Vortrag halten über "Die Stellung der Christen zwischen Ost und West." Wir haben der Kirchendirektion mitgeteilt, dass Vorträge politischer Art von Ausländern bewilligungspflichtig sind. Das Thema hat mindestens politischen Einschlag. Bewilligung erteilt kant. Polizeidirektion. Polizeidirektion Baselland hat Vortrag verboten. Auf Beschwerde von Pfarrer Barth hin hat der Regierungsrat das Verbot aufgehoben.

Gegen diesen Beschluss protestiert einstimmig der Regierungsrat von Basel-Stadt. Sie verlangen, dass Vortrag verhindert wird. Es gäbe eine kommunistische Wallfahrt von Basel nach Bubendorf.

Was soll geschehen?

Angelegenheit sehr delikate. Auf Redeverbote unsere Öffentlichkeit sehr empfindlich. Nur im äussersten Notfall ein Verbot aussprechen. Niemöller befindet sich auf einer Tournée durch die Schweiz. Auch in Neuenburg und Genf sind Vorträge vorgesehen. Soll man Vortrag verbieten, bevor man weiss, wie es sich verhält? Wir stehen vor einem rechtsgültigen Beschluss der Regierung von Basel-Land und von einem andern Beschluss der Regierung von Basel-Stadt.

An der Handelshochschule St.Gallen wird de Gasperi sprechen und Schumann etc. Auch aus diesem Grunde ist Situation delikate.

Was die Befürchtung betrifft, dass die Kommunisten das zur Demonstration benutzen könnten, so hätten wir damit Niemöller dort, wo man gegen ihn etwas machen kann. Habe Eindruck, dass hier zu grosse Aengstlichkeit ein schwerer Nachteil wäre. Wir sollten unsere Entschlüsse erst treffen, wenn wir wissen, was in Bubendorf geht. Gibt es eine mehr oder weniger verkappte kommunistische Demonstration, dann Verbot und Einreisesperre.

Herr Etter: Niemöller tragische Figur. Heute Bannerträger des Kommunismus. Teile Auffassung, Leute reden lassen. Die Demonstration in Bubendorf findet ja auf alle Fälle statt. Wir sollten JuP ermächtigen, je nach dem Ergebnis der Veranstaltung das Verbot für die weiteren Vorträge auszusprechen oder nicht.

Herr Petitpierre: Kein Verbot aussprechen. Niemöller ist ein Held in den Augen vieler Christen. Er war in Moskau, er war aber nachher auch in den USA. Gibt es kommunistische Demonstration, dann fällt vielleicht Niemöller vom Piedestal. Auch spätere Reden sollten wir nicht im voraus verbieten. Herr Feldmann soll uns Auskunft geben über den Verlauf der Veranstaltung. Erst dann fassen wir allfällige neue Beschlüsse.

Herr Rubattel: Man muss verstehen, dass es Leute gibt, die sich in dieser Zeit einen christlichen Standort suchen. Bei der Beurteilung des Vortrages soll man sich nicht auf den Rapport irgend eines Polizisten stützen.

Herr Escher: Baselland hat Bewilligung gegeben. Wir schreiten nicht ein. Wenn Neuenburg, wenn Genf nachher Bewilligung auch geben werden, können wir dann dort einschreiten. Wir werden Niemöller durch die ganze Schweiz ziehen lassen müssen. Das Thema "der Christ zwischen West und Ost" ist politisch. Ich begreife Regierung Basel-Stadt, denn die Kommunisten aus Basel werden dorthin gehen und werden vielleicht Erfolg haben. Wenn unsere Kirchen Aktionen machen wollen für die Stellung des Christen in unserer Zeit, dann sollen sie das, aber dazu brauchen sie keinen Niemöller. Ich mache keine Opposition, aber Antrag ist mir unsympathisch.

Herr Weber: Einverstanden. Wir wollen einmal die Reaktion des Publikums hervorrufen.

Herr Bundespräsident: Bedauere Stellungnahme von Baselland.

Herr Etter: Vortragstournée von Niemöller ist gefährlicher als wir glauben. Er wird auch Kreise erreichen, die nicht zum Kommunismus gehören.

Herr Bundespräsident: Eigentümlich, dass er in Kirche spricht, wo keine Opposition sprechen kann?

Bundesfinanzordnung.

Herr Weber: Werde Ihnen Protokoll über Konferenz mit Wirtschaftsverbänden zustellen.

Gegen die direkte Bundessteuer haben sich ausgesprochen die Vertreter des Gewerbeverbandes und die Bankiervereinigung.

Vorort hat erklärt, sie hätten Umfrage gemacht. Direkte Bundessteuer sei ihm nicht sympathisch. Würde sie aber unter gewissen Vorbehalten in Kauf nehmen. Gegen Ertragssteuer und gegen Gewinnausschüttungssteuer. Die Frage soll nicht in der Verfassung präjudiziert werden.

Alle andern Verbände haben der direkten Bundessteuer zugestimmt und keine anderen Vorschläge gemacht.

Der Vorentwurf des Bundesbeschlusses werde ich Ihnen im Dezember unterbreiten. Botschaft im Februar. Möchte noch mit Finanzdirektoren Fühlung nehmen.

Herr Rubattel: Haben die Wirtschaftsverbände also ungefähr gleiche Stellung bezogen wie die Parlamentarier?

Herr Weber: Ja, nur Opposition war markierter.

Arbeitsschluss am Zibelimärit und Regelung der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage.

Herr Weber: Stadt und Kanton geben ihrem Personal schon um 17 Uhr frei. Wir könnten diese Geste auch machen.

Für Weihnachten sehen wir vor, dass am Freitag und Samstag gearbeitet wird, für Neujahr soll bis und mit Sonntag nicht gearbeitet werden. Die ausgefallenen Stunden sollen kompensiert werden.

Herr Escher: Hatte keine Gelegenheit mit PTT-Verwaltung zu sprechen. PTT protestiert schriftlich, weil Ungleichbehandlung von Betriebspersonal und Verwaltungspersonal.

Herr Etter: Was Weihnachten-Neujahr anbelangt, so bin ich der Meinung, dass wir zu Weihnachten Freitag und Samstag freigeben sollten, sonst kommen Ostschweizer zu kurz.

Was die Beamten davon haben sollen, dass man am Zibelimärit schon um 17 Uhr aufhört, verstehe ich nicht. Hätte man einen solchen frühzeitigeren Büroschluss nicht früher bekanntgeben sollen?

Herr Bundespräsident: Bin für 4 Freitage über Weihnachten.

Herr Petitpierre: Was "Zibelimärit" betrifft lieber nein sagen mit Rücksicht auf Postverwaltung.

Bin für vier Tage Neujahr.

Herr Rubattel: Bin für vier Tage Neujahr und nicht für vier Tage Weihnachten.

Herr Feldmann: Zibelimärit ist anspruchslose Angelegenheit, die hauptsächlich in Pöbelei besteht. Wer Drang empfindet, ihn zu erleben, kommt nach Feierabend noch früh genug dazu. Wir sollten nicht zu weit gehen in solchen Konzessionen.

Herr Bundespräsident: Mehrzahl ist gegen Schluss um 17 Uhr.

Herr Weber: Ebenfalls einverstanden.

Herr Bundespräsident: Antrag wegen Weihnachten bald stellen.

Begnadigung deutscher Spione.

Herr Bundespräsident: Gesuch der deutschen Gesandtschaft kommt einem Amnestiebegehren gleich. JuP und Militär sind der Auffassung, dass jeder Fall für sich behandelt werden soll.

Die Saboteure, die wir begnadigt haben, waren befohlen als Soldaten durch ihr Oberkommando. Auftrag ist nicht gelungen.

Es liegen noch 9 Fälle von Spionen vor. Die früheste bedingte Entlassung ist 1956 möglich. Für jeden Fall soll Gesuch gestellt werden und jeder Fall für sich geprüft.

Herr Etter: Für generelle Begnadigung wäre ich momentan nicht zu haben. Können wir nicht Fälle jetzt einzeln prüfen ohne Begnadigungsgesuche abzuwarten. Vielleicht gibt es noch drei Fälle, die vorzeitig begnadigt werden könnten.

Herr Kobelt: Es liegt ein Kollektivgesuch der deutschen Gesandtschaft vor.

Herr Petitpierre: Es handelt sich nicht um ein Gesuch, sondern um einen Rat, um den uns der Gesandte bittet, um eine Sondierung. Ich kann ihm sagen, es sei verfrüht.

Herr Feldmann: Amnestie kommt nicht in Frage. Das würde m.E. in die Kompetenz der Bundesversammlung gehören. Man hat von Bonn aus auch dem Fall Heinrichs den Charakter eines Prestigeerfolges gegeben. Man lässt Campagne in der Presse los gegen Bundesrat. Unter diesem deutschen Druck können wir nicht weiter verhandeln. Wir sollten dem deutschen Gesandten sagen, dass uns das deutsche Verhalten den Entscheid erschwert.

Herr Petitpierre: Es handelt sich bei diesen Deutschen um solche, die in der Schweiz gewohnt haben. Wir sollten dem deutschen Gesandten sagen, dass er zur Zeit keine Demarche machen sollte in dieser Sache. Jeder Fall wird für sich behandelt werden. Man soll auch darauf aufmerksam machen, dass diese Leute in Schweiz gewohnt haben, ebenso sollte man das Verhalten der deutschen Presse und des Gesandtschaftspersonals rügen. Wenn sich die Gefangenen gut verhalten, so können sie nach Verbüßung von 2/3 der Strafe bedingt entlassen werden.

Herr Rubattel: Bei der Prüfung der Fälle soll man jeweilen auch abwägen, ob die Fälle, in denen wir bisher begnadigt oder entlassen haben, nicht ähnlich liegen wie die neuen Fälle.

Herr Escher: Von Amnestie kann keine Rede sein. Auch Kollektivbegnadigung kommt nicht in Frage. Wir halten am ordentlichen Verfahren fest und prüfen jeden Fall für sich. Bei den Saboteuren würden wir vielleicht heute anders entscheiden.

Herr Weber: Jeder Fall soll als Einzelfall für sich behandelt werden. Der grosse Unterschied zu den Saboteuren ist, dass es sich hier um Spione handelt, die zum Nachteile eines neutralen Landes und ihres Gastlandes gearbeitet haben. Unser Entscheid muss auch präventiv wirken für die Spionage, die heute zugunsten anderer Auftraggeber betrieben wird. Wenn deutsche Presse in unwahrer Weise von Verhandlungen berichtet, so sollte man doch erklären, dass keine Verhandlungen stattfinden.

- 6 -

Herr Bundespräsident: Jedes Begnadigungsgesuch, das eingereicht wird, wird immer mit den früheren verglichen, damit rechtsgleiche Behandlung sichergestellt ist.

Begnadigungsgesuch Bernauer.

Herr Bundespräsident: War verurteilt zu 20 Jahren Zuchthaus und 15 Jahren Landesverweisung. Die bedingte Entlassung ist frühestens 1956 möglich. Das Gesuch wurde eingereicht von Herrn Legationsrat Zapp. Wir sind für Abweisung.

Herr Etter: Hier stellt sich auch Frage der Aktivlegitimation.

Herr Feldmann: Herr Zapp war nicht legitimiert. Nach Art. 232 quater, Abs. 2, des MStG kann bei politischen Vergehen und bei Straftaten, die mit einem politischen Verbrechen oder Vergehen zusammenhängen der Bundesrat oder die Kantonsregierung von sich aus das Begnadigungsverfahren aufnehmen. Diese Bestimmung ist eher gedacht für Fälle innerer Unruhen, aber nicht für militärische Spionage zu Gunsten des Auslandes. Daher zweifle ich, dass wir ex officio etwas machen könnten.

Herr Bundespräsident: Sollen wir Presse etwas sagen?

Herr Etter: Ich würde an der Tradition festhalten.

Herr Petitpierre: Nicht publizieren.

Schweizer Illustrierte. Aufnahme der Bundesräte bei ihrem Hobby.

Man ist nicht dafür!

Tropeninstitut Basel. Intervention des Regierungsrates.

Herr Bundespräsident: Basler Regierung stellt das Gesuch um Gewährung einer Audienz. Wir werden das bewilligen müssen.

Herr Rubattel: Habe versucht vom Nationalfonds für wissenschaftliche Forschung Beitrag zu erhalten.

Beschluss: Empfang während der Session durch Herrn Etter und Herrn Weber.

Beschlüsse auf Grund schriftlicher Anträge.

Bundeskanzlei

Geschäftsbericht für 1952.

Dept. des Innern

ETH. Beförderung von Professoren.

Semaine d'étude de l'union internationale de protection de l'enfance.

Militärdept.

Medizinalprüfungen. Ersatzwahlen.

Begnadigungsgesuch Schlup.

Kleine Anfrage Dietschi-Solothurn.

Kleine Anfrage Bühler-Winterthur.

Finanz &amp; Zolldept.

Fiskalische Belastung des Tabaks.Getreideversorgung des Landes. Erhöhung der  
Mahlprämie. Botschaft.

Herr Weber: Wir haben dem Begehren des Bauernverbandes nicht zugestimmt, aber eine Staffelung vorgenommen. Statt einheitlich 4.- Fr., zahlen wir im Flachland 2.50 Fr., im Gebirge 6.- Fr. Wir sollten Abstimmung vom nächsten Sonntag abwarten und bei Annahme der Vorlage am Montag den Antrag durch Präsidialverfügung erledigen. Bei Verwerfung müssten wir auf die Angelegenheit zurückkommen.

Herr Rubattel: Bei Verwerfung würden wir bereits am Dienstag unsere Vorschläge machen.

Rücktritt von Herrn Direktor Amstutz. Steuer-  
verwaltung.Einreihung des Personals des Sekretariates der  
Bundesversammlung.Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens.Volkswirtschaftsdept. Verlorene Gutschriftanzeigen der Konversions-  
kasse für deutsche Auslandsschulden.Kleine Anfrage Arnold.Post & Eisenbahndept. Ausnützung der Tresawasserkräfte.Sinistre HB-IBE à New York.